

## **Lohnabhängige und Rentner sind die großen Verlierer der Wirtschaftskrise**

Wenn wir diese Feststellung hören, dann wundert mich eigentlich, dass wir eine derartige Schlagzeile noch nie in unseren Zeitungen lesen konnten. Dabei belegen die statistischen Daten aller öffentlichen Einrichtungen doch klar und deutlich, dass die abhängig Angestellten und Rentner seit Einführung der Einheitswährung Euro in Südtirol einen großen Verlust der Kaufkraft hinnehmen mussten.

Diese massive Beeinträchtigung der Lebensqualität hat sich mit der Wirtschaftskrise in den letzten Jahren noch um einiges verstärkt. Denn in erster Linie sprechen die Politiker europaweit nicht von einer Stärkung der Kaufkraft und somit des Konsumverhaltens der Familien sondern vielmehr und immer stärker von der Ankurbelung der Wirtschaft. Hier müssten wohl noch viele unserer politischen Vertreter einen Lehrgang in Volkswirtschaft besuchen.

Erst in der gestrigen Aussendung des ISTAT wurde wieder bestätigt, dass 2009 das verfügbare Einkommen der Familien gegenüber dem Vorjahr um 2,8% gesunken ist. Da helfen auch die werbeträchtigen einmaligen Aktionen der Regierung Berlusconi nichts, wenn nach wenigen Tagen bereits die notwendigen Haushaltsmittel aufgebraucht sind. Dagegen werden die Milliardenbeiträge an Steuergeldern für die Banken, die weiterhin fleißig enorme Bonuszahlungen an die eigenen Manager vornehmen, bewusst verschwiegen und werden schon wieder in den Hintergrund gerückt. Dass die Gleichung nicht mehr zutrifft und stimmt, dass wenn die Wirtschaft blüht auch die Lohnabhängigen und Rentner besser gestellt sind, beweist uns schon ein Blick in die Wirtschaftszeitungen: Je mehr Arbeitsplätze ein Unternehmen abbaut, desto höher steigt der Wert der entsprechenden Aktien. Ist eine derartige abnorme Entwicklung wirklich erstrebenswert?

Dass der Abbau von Arbeitsplätzen in der derzeitigen Wirtschaftskrise noch bewusst von vielen Unternehmen schamlos missbraucht worden ist, beweisen auch Beispiele aus unserem anscheinend so heiligem Land Südtirol. Ein Großunternehmen im Raum Bruneck z.B. hat unter dem Vorwand der Krise massiv Arbeitskräfte abgebaut, wobei die verbliebenen Arbeiter jetzt ausgenutzt werden und nicht nur die Arbeit ihrer ausgeschiedenen Kollegen übernehmen sondern sogar in Schichtarbeit samstags und sonntags arbeiten müssen.

Warum haben unsere Volksvertreter im Südtiroler Landtag die Abschaffung der IRAP nicht an arbeitnehmerfreundliche Bedingungen geknüpft? Hier tragen unsere Politiker eine große Mitschuld an dieser negativen Entwicklung.

Ganz anders sieht die Position der Südtiroler Landesregierung in Bezug auf die Abschaffung der regionalen Zusatzsteuer aus. Hier wird immer wieder betont, dass mit den 0,9% dieser Steuer an die 60 Millionen Euro im Landeshaushalt fehlen würden, und dass diese Mittel dann im Sozialbereich eingespart werden müssten.

Bei der Abschaffung der IRAP haben sich derartige Diskussionen schnell verflüchtigt. Warum haben unsere Vertreter nur eine derart einseitige Sichtweise? Sehen die Regierungsparteien wirklich nicht ein, dass ihnen genau die lohnabhängige Bevölkerung immer mehr den Rücken zuwendet und die Zustimmung verweigert? Bei solchen Einstellungen sind wir wohl gezwungen, unseren Protest kundzutun und nach Alternativen Ausschau zu halten!

Als Autonome Gewerkschaftsorganisation sprechen wir uns entschieden und ohne wenn und aber für die Abschaffung der regionalen Zusatzsteuer aus! Dass wir uns auch gegen den Gemeindegzuschlag auf die Einkommenssteuer aussprechen, versteht sich wohl von selbst. Eigentlich paradox, dass landesweit einige wenige Gemeinden die eigene Bevölkerung noch zusätzlich steuerlich belasten, wenn die Vielzahl dieser Körperschaften ohne diese Zusatzsteuer auskommt. Die Haltung des neuen Landesrates aus Bozen, dass diese Einnahmen für die notwendigen Dienstleistungen benötigt würden, und die Steuer doch nur ca. 20 Euro monatlich ausmachen würde, zeugt von der Arroganz und falschen Einschätzung der wirtschaftliche Lage der Familien.

Denn wir als Gewerkschaft müssen bei den Gehaltsverhandlungen immer wieder feststellen, dass uns sogar solch kleine Beträge streitig gemacht werden. So hat der Südtiroler Personallandesrat vor Beginn der Verhandlungen sogar eine „Nullrunde“ angekündigt, was in Wirklichkeit einer Minusrunde gleichkommt, denn die Inflationsrate steigt schließlich immer noch. Wenn dann zu Jahresbeginn von der Südtiroler Landesregierung eine Erhöhung von 1% angeboten worden ist, muss dazu festgestellt werden, dass die amtlich festgestellte Inflationsrate im Jahr 2009 in Südtirol bei 1,7% gelegen und im Februar dieses Jahres schon auf 2,4% angestiegen ist. Dass zudem die 1%-Erhöhung erst ab Juli 2009 zuerkannt werden sollte, zeugt wiederum von wenig Verständnis und Wertschätzung der eigenen Bediensteten. Tatsache ist, dass die öffentlich Bediensteten in Südtirol mit Ausnahme der Führungskräfte seit Einführung des Euro in den Gehaltsabkommen nicht einmal die amtlich festgestellte Inflationsrate erhalten haben. Kein Wunder, dass die Kaufkraft der Familien abgenommen hat und der Unmut in der Bevölkerung zunimmt. Die Regierenden in unserem Lande wundern sich, dass die Menschen unzufrieden sind und ständig jammern und kritisieren, wo doch in unserem Südtirol anscheinend alle im Wohlstand leben. Diese Politiker sollten sich in dieser Meinung nicht an ihresgleichen orientieren, sondern die Augen und Ohren mehr nach der kleinen Frau und dem kleinen Mann ausrichten, dann würde ihnen ein wahrheitsgetreueres Bild von der Südtiroler Bevölkerung eingeprägt. Die Abgehobenheit und Arroganz vieler Volksvertreter lässt anscheinend eine solche Sichtweise nicht zu.

Um dem Verlust der Kaufkraft vorzubeugen und auch als Protest gegen die landesweite Preispolitik, hat unsere Gewerkschaft auch bewusst die Einkaufsfahrten nach Innsbruck angeboten. Die rege Teilnahme bekräftigt wiederum unsere Aussagen. Die wohl politisch gesteuerten Erhebungen der Handelskammer über die Einkäufe der Südtiroler Bevölkerung im Ausland und Norditalien sind für uns schon lange nicht mehr glaubhaft. In Zukunft werden wir auch Fahrten Richtung Süden in die Nachbarprovinzen ins Auge fassen. In der Provinz Trient z.B. sind die Gehälter in den letzten Jahren stets stärker angestiegen als in unserem Land, obwohl im Trentino eine geringere Inflationsrate zu verzeichnen war. Eigentlich verwunderlich! Schon vor mehreren Jahren hatten wir als AGO erstmals auf diese unterschiedliche Gehaltsentwicklung hingewiesen. Schon der damalige Personallandesrat Otto Saurer musste diese Entwicklung eingestehen und auch zugeben, dass im öffentlichem Dienst Südtirols der Gehaltsausgleich von 35% für die geforderte Zweisprachigkeit nicht mehr gegeben ist.

Siehe dazu im Gegensatz die entsprechend angepasste Zulage für das Lehrpersonal. Wie sehr eine Berufsgruppe von der Einstellung unserer Politiker profitieren kann, sehen wir z.B. auch am Lehrpersonal. So wurde der verwaltungsrechtliche Übergang dieser Bediensteten an die Landesverwaltung mit einer stolzen Zulage kräftig unterstützt und auch beim Zusatzrentenfonds mit einem Arbeitgeberanteil von 3% unverhältnismäßig gefördert. Daran erkennen wir, dass auch in sogenannten wirtschaftlich schlechten Zeiten eine verhältnismäßig große finanzielle Anpassung der Gehälter möglich ist, wenn dies unsere Volksvertreter wünschen und auch wollen. Ähnlich verhält sich die Arbeitgeberseite am Verhandlungstisch mit den Führungskräften. Die Abkommen in diesem Bereich haben seit Einführung des Euro nicht nur den Inflationsausgleich geschafft, sondern diesen um ein Vielfaches übertroffen. Wir verwehren uns dabei gegen jedweden Neidvorwurf, möchten aber sehr wohl auf die unterschiedliche Vorgangsweise der Arbeitgeberseite aufmerksam machen. So stark differenzierte Zulagen widersprechen jeder korrekten Behandlung des Personals. Unsere Gewerkschaft AGO stand dem immer mehr ausuferndem Zulagensystem von Beginn an skeptisch gegenüber. Diese Zulagen werden nämlich immer mehr und immer öfter zur politischen Einflussnahme missbraucht. Auch die von Arbeitgeberseite angestrebte Anhebung des veränderlichen Anteiles der Leistungsprämie geht gezielt in diese Richtung und führt zur politisch beeinflussten Abhängigkeit. Leider haben sich in letzter Zeit auch die Streitfälle vor der Schlichtungsstelle beim Arbeitsamt und vor dem Arbeitsgericht gehäuft. Auffallend ist dies vor allem im sozialen Bereich, wo von den Bediensteten jene soziale Kompetenz mit den Betreuten gefordert wird, welche die Verwaltung öfters vermissen lässt. Am eigenen Leib musste ich erfahren, dass selbst ein unbezahlter Wartestand erst durch die Arbeitsrichterin zuerkannt werden konnte. Dass durch derartige Streitfälle das Arbeitsklima in einer Körperschaft nicht verbessert werden kann, versteht sich von selbst.

Als autonome Gewerkschaft AGO setzen wir uns auch für einen stärkeren Ausgleich zwischen Arm

und Reich ein. So haben wir uns mit der Partnergewerkschaft der Landesbediensteten darauf verständigt, von einer prozentuellen Anhebung der Gehälter abzugehen. Wir benötigen konkret eine kräftigere Anhebung der unteren Besoldungsstufen durch gleiche Pauschalbeträge für alle. Eine prozentuelle Anhebung kommt immer den höheren Einkommen zugute, weshalb auch die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Zudem erhalten die niederen Einkommenstufen immer mehr Verantwortung angelastet, was wiederum nicht ausreichend honoriert wird. Gleichzeitig werden von Arbeitgeberseite Neueinsteiger durch höhere Anfangsgehälter in den öffentlichen Dienst gelockt, während die treuen MitarbeiterInnen mit langjähriger Erfahrung nicht entsprechend entlohnt und geschätzt werden.

Ein Mittel der Gewerkschaft im Einsatz für unsere Rechte sind auch die Streiks. Gerade für den heutigen Freitag wurde von einer Gewerkschaft ein Generalstreik ausgerufen. Leider hat sich gezeigt, dass solche Streiks, welche Italienweit ausgerufen werden, in Südtirol nicht zielführend sind. Zudem findet dieser Streik an einem Freitag statt, wo die örtlichen Körperschaften normalerweise nur halbtags arbeiten – bei Streikteilnahme wird aber vom Lohn ein ganzer Tag in Abzug gebracht. In diesem Zusammenhang geben uns die Gewerkschaften aus Deutschland und Österreich mit Auszahlung des Lohnausgleichs bei Streikbeteiligung ein gutes Beispiel dafür, wie wertvoll und erfolgreich der Einsatz für die Bediensteten sein kann. Dies ist auch ein Zeichen vorgelebter Solidarität. Leider wurde eine ähnliche Regelung in Italien wegen der politisch bedingten Abhängigkeit der einzelnen Gewerkschaften vernachlässigt und verabsäumt. Auch aus vorgenannten Gründen haben wir uns dem heutigen Streik nicht angeschlossen.

Noch ein Wort zur Privatisierung öffentlicher Dienste, da wir heute mit dem Referenten Senator Peterlini dies zum Tagungsthema gewählt haben. Unsere Gewerkschaftsorganisation AGO und auch unser Bündnis der SAG spricht sich entschieden gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen aus. Weltweit sehen wir in der Zwischenzeit genügend Beispiele dafür, wie negativ sich die Privatisierung von so wichtigen Diensten wie der Trinkwasserversorgung, der Abwasserentsorgung und des Müllabfuhrdienstes auswirken. Der erste Schritt nach der Privatisierung war in den meisten Fällen die Anhebung der entsprechenden Gebühren zu Lasten der betroffenen Bevölkerung. Ganz zu schweigen davon, dass die Dienstleistungen nicht im selben Ausmaß verbessert wurden – nicht selten sogar schlechter funktionierten.

Als kleines Beispiel kann das Personal in den unteren Besoldungsstufen herangezogen werden; dafür werden billige Arbeitskräfte, oft sogar aus nicht EU-Staaten, von Unternehmen eingesetzt und ausgenutzt. Im Gegensatz dazu könnten dagegen viele Südtiroler in die Arbeitswelt einsteigen und ein paar Euros für die eigenen Familien dazuverdienen bzw. auch eine selbstständige Altersvorsorge planen. Die Privatisierung lockt vordergründig oftmals mit verbilligten Angeboten, dass dabei die Qualität stark leidet und notwendige Investitionen auf die lange Bank geschoben werden, wird heruntergespielt. Eine indirekte Verteuerung der Dienste ist längerfristig unumgänglich! Mit der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wird längerfristig sicher am falschen Ort gespart. Hier ist mehr Gemeinwohl statt Gewinn angesagt.

Abschließend möchte ich noch ein paar Worte des Dankes aussprechen.

Da mit dem heutigem Kongress auch wieder die Neuwahl der Organe unserer Gewerkschaft anstehen, bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche in irgendeiner Weise für unsere Gewerkschaft gearbeitet und sich für die Mitglieder eingesetzt haben, dies geht von der Personalvertretung in den einzelnen Körperschaften über die Vorstandsmitglieder bis zum Leitungsausschuss. Besonders bedanken möchte ich mich auch bei den Bediensteten, dem Landessekretär Robert Holzer und Meinrad Mairl, der die Arbeiten und Aufgabenbereiche von Bithja Crepaz übernommen hat. Wir möchten unsere Dienstleistungen weiter ausbauen und haben aus diesem Grunde auch mit Jahresbeginn entsprechende Sprechstunden in den KVV-Büros von Brixen und Meran angesetzt. Ich darf mich in diesem Zusammenhang recht herzlich beim Kath. Verband der Werktätigen KVV für die fruchtbringende Zusammenarbeit bedanken.

Für die positiven Erfahrungen mit der neuen Führung der Gewerkschaft der Landesbediensteten, mit dem Obmann Dr. Gianluca Moggio, mit dem die AGO eine gemeinsame Plattform für den BÜKV einreichen konnte, bedanke ich mich sehr herzlich.

Ein Dank gebührt natürlich auch den Kollegen der Bankengewerkschaft FABI für die gute

Zusammenarbeit und für die gemeinsamen Aktionen beim Bündnis SAG.

Im Vorjahr konnte die Vereinbarung mit dem Patronat des KVW-ACLI abgeschlossen werden, wofür ich mich besonders bei der Direktorin Dr. Elisabeth Scherlin bedanke.

Nicht vergessen möchte ich meinen Stellvertreter, Walter Casotti, der bei jeder Arbeit gleich mit anpackt und in besonderer Weise immer auch für die Freizeitangebote sorgt wie die Kulturfahrten und Einkaufsfahrten organisiert. Die Fahrt nach Rom zum 10 jährigen Bestehen eignet sich auch gleich dazu, dem heutigen Referenten Dr. Oskar Peterlini für seine Anwesenheit heute und für seine Bereitschaft zur Führung durch Rom zu danken.

Derzeit ist auch wieder der Steuerbeistand für das Modell 730 gestartet. Den MitarbeiterInnen beim Steuerbeistand danke ich für diese Mithilfe.

Ich wünsche mir, dass vom heutigen Kongress wieder positive Impulse für die Gewerkschaftstätigkeit ausgehen und ich bin zuversichtlich, dass die Neuwahl der AGO-Gremien wieder einsatzfreudige und ideenreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für unsere Mitglieder bringt.